

Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, Ausgabe Dezember 2016

ZWISCHENBILANZ DER IN DER DORFSHELL GENANNTEN AKTIONEN

In den diesjährigen Ausgaben der „Dorfschell“ haben wir eine Vielzahl von Aktionen und Initiativen angeregt, eingefordert und beschrieben. Dies sind Aktionen, die zum Teil von der SPD entwickelt und vorangetrieben worden sind, zum Teil solche, die von der SPD mitgetragen werden. Jetzt zum Jahresende ist es an der Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Was ist aus alledem geworden und wie soll und wird es weitergehen?

- Die Netzseite „Olsbrücken.org“ läuft jetzt ein Jahr und wird laufend aktualisiert, insbesondere durch Mathias Fischer. Es ist allerdings nicht genau abzuschätzen, wie stark die Nutzung und Resonanz ist. Wir wollen an dieser Stelle die Bürgerinnen und Bürger nochmals animieren, dieses Medium zu nutzen. Denn es verschafft leicht einen Überblick über das Geschehen und gibt eine Vielzahl von Möglichkeiten, auch selbst erkennbar und nutzbar aktiv zu werden,
- Infotafeln: Bisher sind zwei Infotafeln aufgestellt, nämlich am Bürgermeisteramt. Es stehen noch aus die Infotafeln an der **Neumühle** und am **Steinbruch** sowie an der **Evangelischen und Katholischen Kirche**. Zur Zeit ist Rudi Hill dabei, die Texte für diese Infotafeln zu entwickeln,
- Die Infotafel an der Kreissparkasse konnte noch nicht erneuert werden, weil hierfür die Inhalte und die Texte noch nicht geschaffen worden sind. Diese Arbeit soll 2017 erledigt werden,
- Die Infotafel am Bahnhof: Es soll nach Auffassung der SPD abgewartet werden, bis das Bahnhofsnebengebäude, das von einem Bürger erworben worden ist, umgebaut worden ist und einer neuen Nutzung zugeführt worden ist,
- Mit dem zweiten Storchennest will man zuwarten, bis man Erkenntnisse hat, ob und wie das erste angenommen wird,
- Nistkästen wurden von Paten finanziert und entlang des Radwegs im Lautertal aufgehängt. Eine Säuberungsaktion im November zeigte, dass in diesem Jahr bereits alle Nistkästen befliegen waren; teilweise wurde sogar eine zweite Brut großgezogen. Seitens der SPD befürwortet man, weitere Bereiche in Abstimmung mit dem NABU mit Nistkästen zu bestücken. Hierzu bräuchte man wieder Paten,
- Blühwiese: Auf einem Grundstück des Obst- und Gartenbauvereins am Radweg wurde eine Fläche vom Verein eingesät. Im nächsten Jahr wird sich zeigen, was an Blumen und Kräutern alles blüht. Die Böschung an der Friedhofsmauer wurde durch den Gemeindegärtner extensiv gemäht. Eine bunte Blütenpracht war das Ergebnis. Wir bitten zusätzlich alle Bürgerinnen und Bürger auf eigenen Flächen ebenfalls für blühende Wiesen zu sorgen,
- Die Grünfläche an der Kreissparkasse soll angegangen werden, wenn die Grünfläche in der Spitze Waldhofstraße/Hohlstraße fertiggestellt ist,
- Auf der Grünfläche Waldhofstraße/Hohlstraße ist die Pflanzung einer rotblühenden Kastanie gesponsert worden und wird von Mathias Fischer gepflanzt werden. Vier Geldgeber, unter anderem der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach, haben sich für die Anpflanzung von Heckensträuchern gefunden,
- Bei der Ortsumgebung Olsbrücken haben wir mit Freude gehört, dass diese in der nunmehr vorliegenden Entscheidung des Bundestages zum Verkehrswegeplan endgültig im vordringlichen Bedarf aufgenommen ist. MdB Gustav Herzog hat sich hier mächtig ins Zeug gelegt,
- Bei der Breitbandverkabelung gibt es noch keine konkreten Erkenntnisse, wann Olsbrücken an der Reihe sein wird,
- Für die Kanalisierungsarbeiten in der Straße Am Waldhof sollen Mittel in den Haushalt 2017/2018 eingestellt werden,
- Die in der letzten Ausgabe der „Dorfschell“ beschriebenen Maßnahmen in, am und um den Friedhof herum sind in der letzten Bauausschusssitzung einstimmig dem Gemeinderat der Ortsgemeinde Olsbrücken zur Annahme empfohlen worden.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten hat auch dem letzten Zweifler deutlich gemacht: **mit populistischem Geschrei und sogar mit einer Unzahl von Lügen kann man eine Wahl gewinnen.**

Wie Trump sich als Präsident verhalten wird, kann man im Moment nicht sagen; das bleibt abzuwarten.

Aber: Trumps Wahl, in einem Land, das eine tiefe und intensive demokratische Tradition hat, muss für alle Demokraten in Europa und auch in Deutschland ein krachendes Warnsignal sein. Nichts ist unmöglich! Was ist zu tun, wenn man unsere demokratischen Werte nicht gefährden will?

Sicherlich dagegenhalten und den populistischen Schreibern nicht das Feld überlassen. Aber damit ist es nicht getan! **Auch in der Sache muss es ein schnelles und deutliches Besinnen geben!** Die „Politik“ muss sich jetzt entschieden um die Belange der Menschen kümmern. Insbesondere derjenigen, die das Gefühl haben, zu kurz zu kommen, abgehängt zu sein. Die „Rheinpfalz“ hat vor kurzem zu Recht geschrieben: es geht heute nicht mehr um „rechts“ oder „links“ son-

dern vielmehr um „oben“ und „unten“. Man muss sich um die da „unten“ kümmern, ihre Probleme ernst nehmen und für diese Lösungen suchen und finden. Tut man dies nicht oder nicht ernsthaft und überzeugend, dann werden die sich von der politischen Gesellschaft, vielleicht sogar von unserer Demokratie, abwenden und den demagogischen Heilsversprechern folgen. So haben es in den USA u.a. die Menschen im sogenannten „Rust Belt“, dem Gebiet der früheren Stahl- und Autoindustrie, getan. Sie fühlten sich –vielleicht waren sie es auch– vergessen und suchten deshalb ihr Heil bei Donald Trump, weil sie das Gefühl hatten, was haben wir schon zu verlieren.

Also: Gerade für die SPD gilt:

Wir müssen um die gefühlten und tatsächlichen Verlierer kümmern, sonst gehen sie der Demokratie verloren.

Letztlich darf es nicht so kommen, wie es Bertold Brecht in der „Dreigroschenoper“ getextet hat:

„Die einen stehen im Dunklen, die anderen im Licht, doch die im Dunklen, die sieht man nicht!“

BESSER UND MODERNER: QUALITÄT MACHT SCHULE

Alle in Deutschland, aber insbesondere unsere Kinder, brauchen beste Bildung. Deshalb will die SPD, dass der Bund mehr Verantwortung übernimmt und zwar für alle – egal ob die Eltern viel oder wenig Geld haben.

Dafür sollen in den kommenden fünf Jahren **neun Milliarden Euro zusätzlich** investiert werden. Denn rund die Hälfte aller Schulen in Deutschland muss saniert werden. Und jede zweite Familie wartet noch auf einen Ganztagsplatz für ihr Kind. Eine Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen gemeinsam.

Für:

- Schulgebäude, die Lust auf lernen machen. Geld für Sanierung, Reparaturen und Ausbau,
- Moderne Ausstattung auf der Höhe der Zeit. Geld für Computer, Smartboards, schnelles Internet,
- Schulen, die allen Kindern Raum und Zeit

geben, ihre Stärken zu entwickeln. Geld für mehr Ganztagschulen.

Gemeinsam weiter. Für die Schulen heißt das: Bildungsallianz für Deutschland.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach.

Auflage dieser Ausgabe: 640

Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)

DAS NEUE LANDESTRANSparenZGESETZ RHEINLAND-PFALZ

Seit diesem Jahr gilt in Rheinland-Pfalz ein Gesetz, das jeder Bürgerin und jedem Bürger das Recht einräumt, über die Belange, Vorgänge, Entscheidungen etc. von Behörden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände sich zu informieren oder informieren zu lassen. Mit diesem Gesetz und seinen Möglichkeiten soll jedem der Zugang zu allen amtlichen Informationen und Umweltinformationen gewährt werden, um damit die Transparenz und Offenheit der Verwaltung zu vergrößern.

Wie macht man das, wenn man Interesse an einer bestimmten Information hat? Es gibt zwei Möglichkeiten:

- man geht auf die extra hierfür eingerichtete elektronische Plattform, sog. Transparenz-Plattform. Dort müssen die Behörden, die öffentliche Hand ganz allgemein, im Rahmen ihrer Veröffentlichungspflicht alle relevanten Informationen bereitstellen,
- man stellt bei der zuständigen Behörde einen Antrag auf Information zu einem bestimmten Vorgang. Die Behörde muss sodann, so nicht ein Ausnahmetatbestand der §§14-16 vorliegt, Ihrem Antrag nachkommen.

Die Ausnahmeregelungen der §§14-16 beziehen sich im Wesentlichen auf rein behördeninterne Vorgänge oder ermöglichen eine Zurückweisung z.B. aus Sicherheitsgründen (z.B. Polizeibehörde). Die Einzelheiten kann man in §§ 14-16 nachlesen.

Für die Ratsangelegenheiten hat dieses Gesetz

eine sehr bedeutsame Konsequenz: **Nahezu alle Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse sind öffentlich; d.h., jede Bürgerin und jeder Bürger hat Zugangs- und Anwesenheitsrecht. Im Bereich unserer Verbandsgemeinde kann man, wenn man z.B. nicht an einer Sitzung teilnehmen konnte, über das sog. Rats- und Informationssystem die Entscheidungen nachlesen.** Das Rats- und Informationssystem erreicht man über die Webseite der Verbandsgemeinde Otterbach-Otterberg, Es ist dort verlinkt.

Das neue Transparenzgesetz gibt also allen Bürgerinnen und Bürgern eine weitgehende Informationsmöglichkeit und ein weitgehendes Informationsrecht. Nutzen Sie es! Es ist für Sie da. Tun Sie es nicht, kann man Ihnen später entgegenhalten, sie hätten sich nicht informiert und seien deshalb in Unkenntnis geblieben.

BÜRGERBUS IN DER VERBANDSGEMEINDE OTTERBACH-OTTERBERG

Seit einiger Zeit gibt es in unserer Verbandsgemeinde einen Bürgerbus. Er ist besonders für ältere Menschen gedacht, mitfahren kann aber jeder. Der Bus dient dazu, den Leuten den Weg für ihre Erledigungen, z.B. Einkäufe oder Arztbesuche, zu ermöglichen.

Im Bereich der alten Verbandsgemeinde Otterbach fährt der Bürgerbus immer dienstags (außer, wenn der Dienstag auf einen Feiertag fällt) und zwar in der Zeit von 8.30 Uhr bis 13.30 Uhr. Die Fahrten sind unentgeltlich. Wenn man den Bus nutzen will, muss man sich aber **am Tag zuvor, also montags**, anmelden. Die Anmeldung geht problemlos und einfach, nämlich telefonisch unter der Nummer **06301/607-700**. Man muss sich aber in der Zeit von 10.30 Uhr bis 12.00 Uhr melden. Für manche Bürgerinnen und Bürger, insbeson-

dere ältere, ist der Bürgerbus eine interessante Alternative zu Bus und Bahn oder zum eigenen Auto. Man braucht sich nicht zu genieren, den Bus zu bestellen. Ganz im Gegenteil: Die Verbandsgemeinde freut sich, wenn sich Mitfahrerinnen und Mitfahrer melden. Denn: nur durch eine akzeptable Nutzung wird der Bürgerbus ein Erfolg.

Also: Keine Scheu! Nutzen Sie den Bürgerbus der Verbandsgemeinde Otterbach-Otterberg!

DIE RENTE ZUM GUTEN LEBEN

Wir alle wollen im Alter gut und in Würde leben. Und vor allem Frauen und Männer, die viele Jahre viel geleistet haben, erwarten zu Recht, dass sie den Lebensstandard, den sie sich erarbeitet haben, auch im Alter halten können.

Eine gute Rente zum Leben- das ist das Ziel der SPD. Dafür hat sie jetzt ein mutiges und kluges Konzept vorgelegt. **Mutig**, weil es im Rentensystem immer um viele Milliarden Euro geht. **Klug**, weil die Balance stimmen muss. Es geht darum, ein würdiges Leben im Alter zu sichern und gleichzeitig die junge Generation nicht zu überfordern.

Auch wenn die Renten weiter steigen werden, das „Rentenniveau“ würde auf längere Sicht sinken. Ein sinkendes Rentenniveau bedeutet aber: der Abstand zwischen Löhnen und Renten steigt. Diese Entwicklung muss gestoppt werden: **mit einer Haltelinie, die gesetzlich garantiert, dass das Rentenniveau nicht unter 46 Prozent fällt.** Es braucht aber auch eine Haltelinie beim **Beitragsatz**. Diesen will die SPD gesetzlich bis 2030 unter 22 Prozent, bis 2045 unter 25 Prozent halten. Das Ziel ist es aber, dass es durch kluge wirtschafts- und gesellschaftspolitische Maßnahmen bei dem **aktuellen Rentenniveau von 48 Prozent** bleibt. Den Beitragsatz will die SPD **unter 24 Prozent** halten.

Das schafft man aber nicht mit der Rentenpolitik alleine. Man braucht mehr Investitionen in Bildung und Betreuung, mehr Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt und eine bessere Integrationspolitik. Mit einem Nationalen Aktionsplan will die SPD alle Potenziale zur Erhöhung des Rentenniveaus ausschöpfen.

Für Menschen, die lange gearbeitet haben, muss sich die Arbeit auch im Alter auszahlen. Deshalb kämpft die SPD für **die gesetzliche Solidarrente**. Die sollen alle bekommen, die 35 Jahre gearbeitet haben- Kindererziehungs- und Pflegezeiten und zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit werden dabei natürlich fair berücksichtigt. Die Solidarrente liegt 10 Prozent über dem durchschnittlichen regionalen Grundsicherungsbedarf. Das heißt: sie passt sich beispielsweise an regionale Unterschiede bei den Wohnkosten an. Sie soll unbürokratisch, ohne regelmäßig wiederkehrende Überprüfungen als neue Leistung außerhalb des Renten- und Sozialhilferechts gezahlt werden. So schafft man mehr Gerechtigkeit und verhindert Altersarmut. Erste Schritte zu einer Verbesserung der Rentensituation konnten aufgrund der Beharrlichkeit der SPD im Bund gegangen werden:

- Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten und damit Unterstützung derjenigen, die aus gesundheitlichen Gründen früher aus dem Erwerbsleben aussteigen müssen,
- Angleich der Renten in Ost- und Westdeutschland,
- Stärkung der Betriebsrenten, mehr Menschen sollen von einer betrieblichen Altersversorgung profitieren können.

• **Das sind wichtige Schritte: Aber die SPD will mehr!**

**Der SPD-Ortsverein Olsbrücken-Frankelbach
wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern**

Frohe Weihnachten

und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

